

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 43

Köln, den 24. Oktober 1930

31. Jahrg.

Sieg des Materialismus?

Der Materialismus behauptet in seinem Grundgedanken, daß alles Leben, alle Entwicklung auf dem Boden des Wirtschaftlichen seinen Ursprung habe, daß es aus dem wirtschaftlichen Urgrunde Nahrung und Triebkraft zum Wachsen und Formbilden ziehe. Was an idealen Lebensgütern vorhanden sei, Religion, Sittlichkeit, Kunst, Wissenschaft, überhaupt Kultur, das alles sei nur eine Funktion, eine Abhängigkeit der wirtschaftlichen Grundbedingungen.

Erlebt unsre Gegenwart nicht schauernd den Beweis dieser Lehre als Wahrheit? Man sehe sich unser deutsches Volksleben an. Die bestimmende Sorge des Einzelnen dreht sich um das tägliche Brot für sich und die Familie. Die Krallen der Arbeitslosigkeit haben manchen nicht nur in äußeres, auch in sittliches Elend geschleudert. Ein gut Teil der Volkskraft verzehrt sich in gegenseitigem Ringen um Erwerb und Vorteil. Stände und Klassen befehlen sich in materieller Eifersucht. Sogar die Staatsarbeit gilt in überwiegendem Maße der Behebung der wirtschaftlichen Nöte. Um wirtschaftliche Gesichtspunkte drehen sich in erster Linie die Wahlen, wirtschaftliche Untergründe bestimmen deren Ausgang, die Innenpolitik und zum großen Teile auch die Außenpolitik hat wirtschaftliche Ziele.

Und nicht viel anders sieht es in der gesamten Welt aus. Rußland hat schon seit einem Jahrzehnt die Neuordnung und Zukunft seines Daseins auf eine bestimmte wirtschaftliche Idee gegründet, formt das Leben von hundert Millionen zwangsläufig nach den Gedanken des Bolschewismus, sucht mit bolschewistischen Minen die außer-russische Welt zu sprengen. Vom wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg scheint in erster Linie das russische Schicksal der nächsten Zukunft abzuhängen. — Die Reichskonferenz des britischen Imperiums, die sich nur mit Lebensfragen des Ganzen beschäftigt, hat auf ihrer Tagesordnung mit Vorrang wirtschaftliche Fragen. Ihre glückliche Lösung soll das drohende Krachen im Gebäck des Riesenbaues aufhören lassen, wird überhaupt als Grundbedingung für ein starkes Weiterleben der britischen Einheit angesehen. An der Wirtschaft hängt englische Gegenwart und Zukunft, Wirtschaft bestimmt englisches Handeln, englische Politik. — Wirtschaftskrisen haben in letzter Zeit mannigfach die südamerikanischen Staaten in Unruhe und Revolution versetzt, haben Regierungen gestürzt und neue gebildet. Wirtschaftliche Gründe lassen in Asien den Haß gegen die Weißen aufflammen, erschüttern tausendjährig ruhigen Boden immer aufs neue. Der italienische Faschismus sieht seine nächste Aufgabe darin, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu meistern — er sieht mit Bangen die Auswirkungen in Süd-Amerika — und auch die Weltkonferenz in Genua geht zagend, aber in voller Erkenntnis der grundlegenden Notwendigkeit, gründlich in wirtschaftliche Erörterungen.

Die Wirtschaft scheint die Seele der Weltpolitik, des Welterschaffens, des Weltlebens zu sein. Die Zukunft der Wirtschaft scheint die Zukunft der Weltkultur zu bedeuten. Aber es scheint nur so, es handelt sich um einen Trugschluß. Man muß das ganze Bild umkehren. Weil die Welt seit Jahrzehnten materialistisch gesinnt ist, hat sie versucht, den Materialismus zur Herrschaft zu erheben, ihn zum Grundgesetz des Lebens zu machen. Und die Folge dieses materialistischen Versuches ist das heutige ungeheure Chaos der Wirtschaft, ist die Weltkrise.

Materialismus in der Wirtschaft und in der wirtschaftlichen Gesinnung rückt den Gewinn, den Profit um jeden Preis in den Mittelpunkt der Wirtschaft. „Reichtum ist das höchste Glück“, der Schlüssel zu allem Glück, der Kaufpreis für jeden Genuß. Dieser

Grund führte zur Ausbeutung der Menschen im Dienste des Gewinnes, bringt Klassenhaß und Klassenkampf hervor. Im Dienste des Gewinnes stehen Trusts und Syndikate mit ihrem Preisdiktat. Dieser Kapitalismus trägt zum guten Teil Schuld am Ausbruch des Weltkrieges, der nicht zuletzt ein Kampf um die Rohstoffe und die Absatzgebiete war, und dieser Materialismus feierte seine höchsten Orgien in der Auferlegung der ungeheuerlichsten Tributlasten, der Reparationen, auf unser Volk. Die blinde Sucht nach Geld und Gold hat hier ganze Völker übermannt und ihnen die Augen vor den offenbarsten wirtschaftlichen Unmöglichkeiten geblendet. Als Reaktion auf diesen Weltmaterialismus ist der Versuch des blutigen russischen Kommunismus anzusehen. So ist auch dieser auf das übergroße Schuldkonto des Materialismus zu buchen.

Die heutige Weltwirtschaftskrise stellt so die traurige Frucht des Weltmammonismus, des Weltmaterialismus dar, ist kaum weniger als seine Bankerotterklärung. Wenn heute die ganze Welt an der Überwindung dieses Unheils arbeitet, seine besten Kräfte bei diesem Werk verzehrt, dann bedeutet diese Erscheinung die Liquidierung gigantischen Zusammenbruches, den Versuch eines Neubaus auf anderer Grundlage. Gründlich falsch aber wäre es, daraus zu folgern, daß die Wirtschaft die Urkraft des Menschheitslebens wäre. Sie ist eine Grundbedingung des Menschheitslebens, so wie die tägliche Nahrung für das Leben des menschlichen Körpers, aber doch nur Mittel zu höheren Zwecken. Der Mensch lebt nicht, um zu essen, sondern er ist, um zu leben, dann zu schaffen und zu werken an größeren Aufgaben. Die Weltwirtschaft ist nur Mittel zu größeren Menschheitszwecken zur Schaffung von Gesittung und Kultur von geistigen Werten.

Nicht der Sieg des Materialismus, sondern sein Bankerott steht erschütternd vor aller Augen. Gleichwie der Hunger — gleichviel ob verschuldet oder nicht — den Einzelmenschen im Äußersten aufwühlt, ohne daß er doch deswegen zur Triebkraft des menschlichen Lebens anerkannt werden kann, so rüttelt und schüttelt gegenwärtig die Weltwirtschaftskrise die Menschheit in der Seele. Es handelt sich um einen krankhaften Ausnahmezustand, der zur Heilung kommen muß. Daher das große Beraten und Arbeiten in der ganzen Welt, daher zur Zeit die überragende Geltung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Der Neubau der Weltwirtschaft, um den man sich überall bemüht, muß sich auf die Grundtatsache besinnen, daß der Mensch als geistig sittliches Wesen im Mittelpunkt der Welt, auch der Weltwirtschaft, stehen muß. Nicht um Geld und Gewinn, sondern um den Menschen drehen sich die Millionen Räder, schlagen die Milliarden Hämmer. Siegreich leuchtet vor uns die ewige Großartigkeit der christlichen Auffassung von Mensch und Wirtschaft auf. Ihr ist der Mensch das Maß aller irdischen Dinge, ihm soll die Welt und Schöpfung untertan sein. Der Mensch als solcher steht unendlich höher als Geld und Gewinn. In der christlichen Auffassung von Mensch und Wirtschaft ist der Grundstein für den Neubau einer glücklicheren und rettenden Wirtschaftsordnung gegeben.

Der Mensch ist ein Wesen, das seinen Schwerpunkt in der geistig sittlichen Seite hat, und in den daraus sich ergebenden Zielen, geistige Werte, Kultur zu schaffen. Daraus ergibt sich die Unterordnung des Wirtschaftlichen, allerdings keineswegs seine Verachtung, denn wie dargelegt, bildet es die materielle Voraussetzung des eigentlichen Lebens. Der Mensch an sich ist unendlich differenziert, an Anlagen, Fähigkeiten und Leistungen, und all diese

muß, unbeschadet der beherrschenden Stellung des Menschlichen über dem Materiellen, in der Wirtschaft Rechnung getragen werden. So wendet die christliche Wirtschaftsauffassung sich gegen den Kommunismus, der die Differenziertheit totschweigt, und sie gebietet dem kapitalistischen Materialismus Schranken, der den Menschen aus dem Mittelpunkt des Lebens verdrängt hat. So ist der Kampf nach zwei Seiten zu führen, im Hinblick auf die Welt insbesondere gegen die kapitalistische, die noch offiziell herrscht. Die Hochachtung des Menschlichen über dem Wirtschaftlichen fordert in der Praxis von den Herrschern der Gegenwart mancherlei Opfer. Die Notmaßnahmen, die überall in der Welt erwogen werden, gehen zum großen Teil — wenn auch sicher vielfach unbewußt — von diesen Forderungen aus. Der Neubau der Weltwirtschaft hängt von der Erfüllung dieser Forderungen des Menschlichen an das Materialistische-Wirtschaftliche, im weitesten Sinne von der Erfüllung der sozialen Forderungen, die auf eine Wirtschaftsharmonie hinzielen, ab. Die Not der Zeit zwingt zu diesem Opfergeist gebieterisch von sich aus, und so deckt sich hier wie so oft natürliche Forderung und christliche Auffassung. Der Opfergeist ist der Feind der Profitsucht der einzel-

nen, der Stände, der Klassen auf Kosten der Allgemeinheit. In diesem Geiste müssen auch Opfer anerkannt werden, die glücklicher Gestaltete für solche bringen sollen, die von der entfesselten Wirtschaftsmaschine ergriffen und und hilflos zur Seite geschleudert wurden. Sogar wirtschaftliche Gewinne für einzelne Völker müssen als ungerechtfertigt bezeichnet werden, wenn sie auf Kosten und unter Gefährdung der menschlichen Kultur eingetrieben werden müssen. Der Volksmammonismus — siehe Reparationen — bildet eine der gefährlichsten Klippen vor dem rettenden Hafen einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Der Mensch auch im andern Volk ist in seinem absoluten Werte anzuerkennen. Auch hier läuft der Zwang der natürlichen Lage mit der christlichen Auffassung parallel, denn heute ist jeder Wirtschaftler von der Einheit der wirtschaftlichen Welt überzeugt, weiß, daß der Sturz des einen Volkes den von andern mit sich reißt.

Hell strahlt das Kreuz der Gerechtigkeit und Liebe auch am wirtschaftlichen Himmel. Erkennen es die Menschheit und ihre Führer rechtzeitig und folgen sie ihm, dann werden sie in diesem Zeichen stehen. —dt.

Fragen, die uns angehen.

Die Anträge zum Verbandstag bilden augenblicklich Beratungsstoff in Zahlstellen und Ortsgruppen unseres Verbandes. Die kurze Zeitspanne, die uns noch vom Beginn der Verbandsgeneralversammlung trennt, wird zu eingehender Prüfung der hinter diesen Anträgen stehenden Absichten und Ziele benutzt. Mit Temperament und Eifer wird für diesen oder jenen Antrag Partei ergriffen, mit Entrüstung vielleicht werden andere bekämpft. Es ist gewiß verständlich und erklärlich, daß bei dieser Stellungnahme örtliche Wünsche und Meinungen eine große Rolle spielen. Es wäre denkbar, obwohl das nicht so sein muß, daß der Blick und die Einsicht für die Totalität der Verbandsinteressen abgelenkt und getrübt würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Ansichten und Absichten am Ort zu sehr von Bedürfnis und Stimmung beeinflusst werden, ohne daß ein Vorwurf gegenüber dieser Einstellung berechtigt erscheinen könnte. Es kommt gar sehr darauf an, von welchem Blickpunkte aus eine Frage betrachtet wird und entsprechend diesem Blickpunkt wird man auch zur Lösung kommen müssen. Je umfassender die Prüfung der vorliegenden Anträge darum erfolgt, je mehr dabei allgemeine Gesichtspunkte berücksichtigt werden, je eindringlicher Wertung und Wägung beeinflusst sind von dem Willen, zuerst die Verbandsinteressen voranzustellen und dann erst örtliche oder persönliche Wünsche gelten zu lassen, um so besser wird sich die dann gewonnene Einstellung anzupassen wissen den Notwendigkeiten und Folgerungen, die dieser Verbandstag in Rechnung zu stellen hat und ziehen muß.

Es wird vielleicht bei der Behandlung des Themas „Verbandstag“ in den Zahlstellen zu sehr vergessen, das innerhalb weniger Wochen eine durchaus andere Situation gegenüber der zur Zeit der Einberufung des Verbandstages herrschenden Lage eingetreten ist. Während um die Mitte des Jahres der Glaube an eine Wendung zum Besseren immer noch berechtigt erschien und Ausichten auf eine nahe Belebung der Wirtschaft nicht so ganz von der Hand zu weisen waren, kann jetzt mit einer wesentlichen Änderung der Wirtschaftslage in diesem Jahre kaum noch gerechnet werden. Schon wenn ein weiteres Absinken der Konjunktur vermieden werden könnte, müßte das als ein glückliches Symptom gewertet werden. Würde doch dadurch die weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit hintenangehalten. Die Arbeitslosenfrage, die Kernpunkt auch der parlamentarischen Schwierigkeiten und der Sorgen der Regierung ist, hat natürlich auch Rückwirkungen auf die Entwicklung unseres Verbandes, den Verlauf unserer Tagung und den Gang unserer Verhandlungen. Der hohe Prozentsatz arbeitsloser Verbandsmitglieder verpflichtet die höchste Instanz des Verbandes zu ernstlichen Überlegungen. Verlauf und Auswirkungen der herrschenden Arbeitslosigkeit sind ganz andere, als beispielshalber 1926. Die damalige Arbeitslosigkeit setzte zwar auch außerordentlich viele Arbeitskräfte frei, war aber von wesentlich kürzerer Dauer, als das diesmal der Fall ist. Trotz des großen Umfangs der Arbeitslosigkeit in 1926 verblieben doch erheblich mehr Verbandsmitglieder in Arbeit und Brot und die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder wurden bald wieder in den Gang der Produktion eingereiht. Diesmal gelingt die Wiedereinreihung nur sehr schwer, meist auch nur kurz-

fristig und nach und nach werden immer wieder andere arbeitslos, die bisher ihre Arbeitsstelle erhalten konnten. Der Ausfall an Beiträgen durch die Arbeitslosigkeit, die Inanspruchnahme der Verbandsunterstützungen durch einen zahlenmäßig viel größeren Personenkreis, sind Erscheinungen, die bei den Verbandsberatungen eine große Rolle spielen dürften. Erworbenene Rechte zu erhalten, dadurch bedingte Pflichten gerecht zu verteilen, wird eine wesentliche Aufgabe des Verbandstages sein.

Die vorhandene Not zu mildern ist die Pflicht aller. Dornehmlich müssen jene, die dazu in der Lage sind, nach besten Kräften um die Beseitigung der Not bemüht bleiben. Das Arbeitslosenproblem spielt in allen Berufsverbänden eine Rolle. Überall finden wir darum auch Stimmen, die sich mit dieser Frage befassen und Vorschläge, wie der Lösung näherzukommen sei. Ertrbeiträge, Notopfer werden in Vorschlag gebracht, um die Verbandskassen in die Lage zu versetzen, die jetzt dringender denn je notwendige Beihilfe, wenn auch in bescheidenere Form, beibehalten zu können. Eine Aussprache über diese Fragen wäre auch bei uns geboten und eine passende Gelegenheit dazu dürfte auf dem Verbandstag gegeben sein.

Ob es nach der Lage der Verhältnisse möglich ist, der den meisten der veröffentlichten Anträgen zu Grunde liegenden Tendenz Rechnung zu tragen, erscheint mindestens zweifelhaft. Im Hinblick auf die vorliegenden Tatsachen löst jede Erweiterung der Unterstützungsansprüche an die Hauptkasse große Bedenken aus. Bevor man dazu übergeht, wären entsprechende neue Einnahmen für die Hauptkasse sicherzustellen. Will der Verband außer den aus Unterstützungsansprüchen erwachsenden Verpflichtungen den anderen, oft noch wichtigeren Aufgaben gerecht werden, dürfte eine entsprechende Neuregelung der Einnahmen durchaus erwünscht, vielleicht notwendig sein. Nicht die Gewährung von Unterstützungen ist ja Zweck und Ziel unseres Verbandes, sondern als solche nennt unsere Satzung die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und Förderung der gewerblichen und geistigen Bildung.

Aus dieser Zweckbestimmung erwachsen uns auf alle Fälle jetzt und in der Zukunft erhebliche Aufgaben. Man braucht in dem Zusammenhang nur auf das Kapitel Tarifpolitik zu verweisen und an die Bestrebungen zu erinnern, die im Arbeitgeberlager umgehen und sich der wohlwollenden Tolerierung der Regierung erfreuen. Die Aufkündigung der Tarifverträge, der vertragslose Zustand in weiten Teilen des Holzgewerbes, läßt darauf schließen, daß wir uns in naher Zukunft mit dem Unternehmertum darüber zu unterhalten haben, was nun werden soll. Wer glaubt, daß eine notwendige Regelung leicht und ohne ernste Auseinandersetzungen möglich sei, ist um seinen Glauben zu beneiden. Wollen wir aber mit einiger Aussicht auf Erfolg diese Auseinandersetzungen beginnen, dann müssen wir vorerst die einen Erfolg verbürgenden Voraussetzungen schaffen. Gefüllte Verbandskassen sind auf alle Fälle eines der wirksamsten Mittel für eine erfolgreiche Tarifpolitik. Durch sie erstreben wir den gerechten Anteil am Ertrag der Arbeit.

Doch nicht nur diese eine Seite unseres Aufgabengebietes gilt es zu beachten. Feindlich gesinnte Kräfte sind am Werk und blasen

zum Generalsturm. Es kommt nicht von ungefähr, wenn gerade jetzt, im Zeichen allgemeiner Not, die Diskussion über Fragen der Sozialversicherung, des Schlichtungswesens und Arbeitsrechts besonders leidenschaftlich erörtert werden. Ziel und Wille der Gegner ist die Beseitigung all dieser Einrichtungen, mindestens aber Einschränkungen erheblicher Art, so daß die bisherige Wirksamkeit so gut wie aufgehoben würde. Die Träger dieser uns feindlichen Bestrebungen, das Unternehmertum und der größte Teil der besitzenden Schichten, sind nicht bereit, die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft anzuerkennen oder ihrem Mitbestimmungsrecht Rechnung zu tragen. Die Rückkehr zu vorkriegszeitlichen Verhältnissen schwebt ihnen vor, die Wiederherstellung der Zustände, die man als „Herr-im-Hause-Standpunkt“ bezeichnet, ist ihr Ideal. Energie, Zeit und Geld haben wir bei unserer Gegenwehr einzusetzen und all unsere Kräfte anzuspannen, damit die vorhin skizzierten Pläne vereitelt werden. Einmal verlorene Positionen werden schwer wieder errungen. Auch hier heißt es: verhüten ist besser als heilen, denn außerordentliche

Nachteile hätte der Verlust bewährter Einrichtungen für uns im Gefolge. Darum haben wir für diesen Abwehrkampf unsere Kräfte zu ordnen und bereitzustellen, müssen unseren Willen auf die Konzentration unserer Kräfte richten, damit wir Unheil abwenden und den Waffengang in Ehren bestehen.

So hebt sich der diesjährige Verbandstag aus dem alltäglichen Erleben heraus. Er soll nicht in kleinlichen Dingen stecken bleiben, soll vielmehr Wege zur Lösung bestehender Schwierigkeiten weisen und Voraussetzungen schaffen für eine bessere und glücklichere Zukunft. Wird er in dem Geiste durchgeführt, der bei uns Tradition ist, dann wird er den Teilnehmern, trotzdem nicht alle Wünsche, die in den Anträgen Ausdruck fanden, erfüllt werden können oder auch Neuregelungen beschlossen werden müssen, die sich als notwendig erweisen, Schwungkraft und Begeisterung vermitteln für unsere Sache. Groß geworden im Kampfe mit Gegnern und Widerständen, wird sich die Kraft des Verbandes erneut erweisen. Möge der Verbandstag Wendung sein zu weiterer glücklicher Entwicklung.

Die Begründung unserer Stellungnahme zum Regierungsprogramm.

Die in der vorigen Nummer veröffentlichte Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zum Regierungsprogramm stellte eine eingehende Begründung dieser Stellungnahme in Aussicht. Diese ist erfolgt in nachstehendem Schreiben an die Reichsregierung, welches dem Reichskanzler zugeleitet wurde und lautet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat sich in den letzten Tagen mit der gegenwärtigen Lage und dem Reformprogramm der Reichsregierung beschäftigt. Sie dürfen versichert sein, daß die christlichen Gewerkschaften von dem Ernst der gegenwärtigen Lage, die große Gefahren für Staat und Wirtschaft in sich birgt, voll überzeugt sind, und daß sie die Schwierigkeiten, die vor allem auch für die Regierung bestehen, zu würdigen wissen. Eine Anzahl der von der Reichsregierung angekündigten Maßnahmen sind auch ohne Zweifel geeignet, geordnetere und gesündere Verhältnisse anzubahnen. Wenn wir trotzdem einige Aussetzungen machen und Wünsche und Forderungen gegenüber dem Regierungsprogramm zur Geltung bringen, so leitet uns dabei nicht nur die Sorge um die Interessen der arbeitenden Schichten, sondern auch um die Interessen des Gesamtvolkes. Folgende Punkte sind es vor allem, die uns zu Bedenken und Beanstandungen Anlaß geben:

1. In der starken Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, die im Zusammenhang damit steht, daß Mittel des Reichshaushalts für die Arbeitslosenversicherung nicht mehr verwendet werden sollen, sehen die christlichen Gewerkschaften ein Abweichen davon, daß auch die Allgemeinheit mit zu den Lasten herangezogen wird. Die christlichen Gewerkschaften sind daher der Meinung, daß, soweit irgend möglich, auch aus Allgemeinmitteln eine Beihilfe für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden muß.

2. Die beabsichtigte Neuregelung der Wohnungswirtschaft läßt berechtigte Zweifel darüber aufkommen, ob auch nur derjenige Wohnungsbedarf, der als wirklich dringend und notwendig bezeichnet werden muß, diejenige Erleichterung aus öffentlichen Mitteln bekommt, die nicht nur im Interesse der Arbeitsbeschaffung, sondern auch aus sozialen und kulturellen Gründen notwendig ist. Die christlichen Gewerkschaften halten eine stärkere Bereitstellung öffentlicher Mittel für erforderlich. Auch scheint ihnen eine zu weitgehende Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, mehr noch eine alsbaldige Aufhebung derselben, bedenklich.

3. Wir würden es für gerechter halten, wenn der erst zum 1. April n. J. in Aussicht genommene Gehaltsabzug für die Beamten nicht nur schon ab 1. Januar 1931 wirksam würde, sondern auch eine Staffelung nach sozialen Gesichtspunkten erfährt. Die gegenwärtige Notlage bedingt, daß die Beamten mit höheren Einkommensbezügen in stärkerem Maße herangezogen werden. Insbesondere fordern wir auch eine wesentliche gesetzliche Kürzung der hohen Pensionen.

4. In den vorgesehenen steuerlichen Erleichterungen für ver-

schiedene Betriebe und Berufsschichten fehlt die Beseitigung der im Sommer dieses Jahres beschlossenen besonderen Besteuerung der Genossenschaften.

5. Die Begründung des Regierungsprogramms, speziell soweit sie sich auf Löhne und Gehälter bezieht, gibt uns Anlaß zu stärksten Bedenken und Befürchtungen. Nicht nur, daß wir der These, die Höhe der Löhne und Soziallasten stehe der Gesundung der Wirtschaft entgegen, widersprechen; es kann und darf nicht übersehen werden, daß die Arbeiter bereits jetzt ganz erhebliche Opfer gebracht haben und noch täglich bringen. Auf ihnen lastet nicht nur die Arbeitslosigkeit und der Druck der Unsicherheit der Existenz, auch der seither bereits erfolgte Lohnabbau beträgt im Durchschnitt schon etwa 10 Prozent. Es geht nicht an, zu diesen bereits gebrachten Opfern den Arbeitnehmern noch weitere Opfer durch vermehrte Lohnsenkungen, denen keine Preisenkungen gegenüberstehen, aufzuerlegen. Die anderen Volksschichten zugeordneten Opfer stehen in keinem Verhältnis zu dem, was anscheinend den Arbeitern und Angestellten zugemutet wird.

6. Wir wünschen Klarheit darüber, in welcher Weise die Regierung die Preisenkung im Sinne einer Hebung der Kaufkraft zu beeinflussen gedenkt. Unsere vorhin dargelegte Stellungnahme zur Lohnfrage ist mit von der Sorge um die zukünftige Preisgestaltung diktiert.

In vorstehendem haben wir uns erlaubt, die uns zunächst am wichtigsten erscheinenden Punkte einer kurzen Stellungnahme zu unterziehen. Die christlichen Gewerkschaften sind weit davon entfernt, die auch der Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick gezogenen Grenzen zu verkennen. Sie sind andererseits aber auch der Überzeugung, daß einige der in dem Regierungsprogramm vorgesehenen bzw. der durch dasselbe ausgelösten Maßnahmen die wirtschaftliche Gesundung, die wir alle wollen, hemmen.

In vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
gez. Otte.

Die entschiedene Sprache dieser Begründung übt vor allem Kritik an jenen Punkten des Regierungsprogramms, wo dasselbe — es bleibe dahingestellt, ob mit oder ohne Absicht — unklar bleibt und Vermutungen Raum läßt. Eine baldige Beantwortung durch die Regierung dürfte geeignet sein, Beforgnisse und Beunruhigung zu beseitigen. Ob uns die Antwort befriedigen wird, ist nicht vorauszusagen; ob sie das kann, bleibt zweifelhaft. Denn es kommt nicht so sehr auf Programm und Gesetzentwürfe an, als vielmehr auf den Gesetzestext im Augenblick des Inkrafttretens. Etwa 30 Gesetzentwürfe sollen auf Grund des Programms notwendig sein und sich in Vorbereitung befinden. Jedenfalls haben wir, mag die Regierung zu vorstehenden Ausführungen Stellung nehmen oder nicht zu Einzelheiten des Regierungsvorhabens demnächst unsere Meinung zu sagen und um deren Anerkennung zu ringen.

Die Arbeitsgerichte im Jahre 1929.

Nach einem im letzten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ erschienenen Bericht waren Ende 1929 in Deutschland außer dem Saargebiet 725 Arbeitsgerichte, 80 Landesarbeitsgerichte und das Reichsarbeitsgericht vorhanden.

Die Zahl der Streitigkeiten an den Arbeitsgerichten im Urteilsverfahren hat sich gegenüber dem Vorjahre erheblich, und zwar um 12,6 Prozent auf 427 604 erhöht. In dieser Zahl befinden sich 34 516 Streitfälle, die im Vorjahre nicht mehr erledigt werden konnten. Die Verteilung der im Urteilsverfahren anhängigen Streitigkeiten auf die einzelnen Arbeitnehmerkategorien, zeigt nachstehende Tabelle:

Bezeichnung	1928		1929		Zunahme 1929 gegen 1928 in %
	Zahl	%	Zahl	%	
Allgemeine Arbeiterstreitigkeiten*)	252 833	66,6	277 640	64,9	9,8
Angeestelltenstreitigkeiten	89 796	23,6	109 880	25,7	22,4
Handwerkerstreitigkeiten	37 060	9,8	40 084	9,4	8,2

Hinzu kommen noch 39 583 Fälle von Handwerkerstreitigkeiten, die sofort an den bei den Arbeitsgerichten errichteten Handwerksgerichten zur Erledigung gelangten, während gegen den Spruch des Innungsausschusses 501 Klagen (641 bis 1928) erhoben wurden.

Der weitaus größte Teil der Streitigkeiten, 402 809 = 94,2 Prozent, ergaben sich aus dem Arbeits- und Lehrverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, oder aus unerlaubten Handlungen, soweit diese mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen.

Von den 527 Arbeitsgerichten hatten rund zwei Drittel aller Arbeitsgerichte von 1 bis 500 Rechtsstreitigkeiten zu erledigen. Die übrigen Arbeitsgerichte hatten bis zu 5000 und 12 Arbeitsgerichte sogar 30 000 und noch mehr Rechtsstreitigkeiten zu bearbeiten. Berlin, Köln, München, Düsseldorf, Dortmund, Essen und Chemnitz hatten die stärkste Betätigung aufzuweisen, die insgesamt im Jahre 1929 vier Sehtel aller im Urteilsverfahren anhängig gemachten Streitigkeiten erledigten.

Interessant ist das Endergebnis der im Urteilsverfahren anhängig gemachten Klagen, das in nachstehender Tabelle zusammengestellt ist.

Erledigungsarten	1928		1929	
	Streitigkeiten Anzahl	%	Streitigkeiten Anzahl	%
Vergleich im Güteverfahren . . .	93 669	27,4	98 011	25,2
Vergleich im streitig. Verfahren .	43 611	12,8	47 682	12,3
Vergleich im Sinne des §306 Z.P.O.	1 202	0,4	951	0,2
Anerkenntnis	8 285	2,4	9 570	2,5
Zurücknahme der Klage	73 205	21,4	82 203	21,2
Verjümnisurteil	42 544	12,4	43 935	11,3
Anderes Endurteil	62 301	18,2	69 181	17,8
Erledigung auf andere Weise . .	16 986	5,0	36 832	9,5

Fast der größte Teil aller Streitigkeiten ist ohne eine Entscheidung im Streitverfahren beendet worden. Die Zahl der Vergleiche ist im Berichtsjahr um 2,7 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der durch streitige Endurteile beendeten Klagen hat sich ein wenig verringert. Bei einer Gegenüberstellung der Zahl der streitigen Endurteile mit der der Vergleiche ergibt sich, daß im Jahre 1929 auf 100 Endurteile 211 Vergleiche kamen. 39 239 Klagen oder 9,2 Prozent gegenüber 10 Prozent im Vorjahre blieben unerledigt.

Trotz des Grundsatzes der Beschleunigung des arbeitsrechtlichen Verfahrens zeigt sich eine Verlangsamung in der Durchführung der Urteilsverfahren. Die Zeitdauer der durch Endurteile erledigten Streitigkeiten bis zur Urteilsverkündung betrug bei 4,5 aller Streitigkeiten eine Woche, bei 18,8 bis zu zwei Wochen, bei 38 bis zu einem Monat, bei 31,5 bis zu drei Monaten und 7,2 Prozent über drei Monate.

Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 58,7 Prozent aller Streitigkeiten bis zu 100 RM. Das ist somit eine Minderung gegenüber dem Vorjahre um 3,3 Prozent. Bei 17,6 Prozent der Streitigkeiten lag er über der allgemeinen geldlichen Berufungsgrenze von 300 RM. 1 Prozent lag über der allgemeingeldlichen Berufungsgrenze. Dabei ist zu beachten, daß die Berufungsgrenze mit Wirkung vom 15. Februar 1929 von 4000 auf 6000 RM heraufgesetzt worden ist. In 4792 Streitigkeiten wurde wegen grundsätzlicher Bedeutung der

Streitfrage die Berufung zugelassen, obgleich der Streitwert unter der allgemeingeldlichen Berufungsgrenze lag.

Im Beschlußverfahren waren 1929 insgesamt 3247 Streitfälle anhängig gegen 2935 im Vorjahre, mithin eine Steigerung um 10,6 Prozent. Es entfielen auf Arbeiterstreitigkeiten 16,4 Prozent, auf Angeestelltenstreitigkeiten 1,2 und auf Handwerkerstreitigkeiten 1,1 Prozent. Rund $\frac{1}{10}$ aller Klagen betrafen Streitigkeiten über Errichtung, Zusammensetzung, Tätigkeit der Betriebsvertretungen und Betriebswahlen. Weitere $\frac{3}{10}$ aller Fälle befaßten sich mit der Ersetzung oder Zustimmung der Betriebsvertretung zur Kündigung oder Versetzung ihrer Mitglieder.

43,2 Prozent (im Vorjahre 47,7 Prozent) der im Beschlußverfahren anhängig gemachten Klagen wurden im mündlichen und 43,2 Prozent (47 Prozent 1928) im schriftlichen Verfahren erledigt. 7,9 Prozent der Klagen mußten unerledigt mit ins neue Jahr herübergenommen werden. In 1108 Fällen wurde der Antrag zurückgenommen, in 1428 Fällen ein Beschluß gefaßt, 450 Fälle fanden auf andere Weise ihre Erledigung.

Die im Urteilsverfahren am Landesarbeitsgericht anhängig gemachten Berufungen haben sich in der Berichtszeit von 13 497 um 29 Prozent auf 16 738 erhöht. 2213 Fälle mußten aus dem Vorjahre mitübernommen werden. 3,9 Prozent der Berufungen fanden ihr Ende durch ein Verjümnisurteil, in 13,9 Fällen wurde der Berufung stattgegeben, in 32,6 Fällen wurde sie zurückgewiesen. In 73 Fällen fielen gemischte Entscheidungen. Unerledigt blieben 17,8 Prozent gegen 14,4 Prozent im Vorjahre. Auch bei den Landesarbeitsgerichten zeigt sich ebenso wie bei den Arbeitsgerichten eine Verschleppung in der Durchführung der Urteilsverfahren.

Bei 460 Berufungen, bei denen der Wert des Streitgegenstandes weniger als 300 RM betrug und damit unter der allgemeinen geldlichen Berufungsgrenze lag, hat die Berufung wegen grundsätzlicher Bedeutung stattgefunden, während die Zahl der Streitigkeiten, bei denen das Arbeitsgericht die Berufung wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen hatte, 4792 betrug.

Im Beschluß-(Rechtsbeschwerde-)Verfahren gegen die das Verfahren beendenden Beschlässe der Arbeitsgerichte, soweit die Landesarbeitsgerichte zuständig sind, wurden diese in 360 Fällen gegen 324 im Vorjahre in Anspruch genommen. 80,6 Prozent wurden durch Sachbeschluß, 15 Prozent auf andere Weise erledigt, während 4,4 Prozent unerledigt blieben. Die Zahl der Beschwerden, über welche die Landesarbeitsgerichte zu entscheiden hatten, hat sich um 47,8 Prozent auf 1877 erhöht. Es entfielen 1308 auf Beschwerden im Urteilsverfahren, 569 auf Beschwerden im Beschlußverfahren, 1810 Beschwerden wurden beendet, und zwar: 10 Prozent durch Stattgabe, 66,7 Prozent durch Verwerfung und 15,3 Prozent auf andere Weise.

Beim Reichsarbeitsgericht waren im Urteilsverfahren 959 Revisionen anhängig. Beendet wurden insgesamt 720 Revisionen. Es wurden 18,3 Prozent durch Stattgabe, 38,6 durch Zurückweisung und 15,8 durch gemischte Entscheidung beendet. Verjümnisurteil erging bei 32 Revisionen, während 164 Revisionen auf andere Weise ihre Erledigung fanden.

Sprungrevisionen gemäß § 76 Arb.G.G. gegen Urteile der Arbeitsgerichte — unter Umgehung des Berufungsverfahrens — wurden im Berichtsjahr 6 erledigt.

Revisionsbeschwerden wurden 72 anhängig gemacht. Davon fanden 4 durch Stattgabe, 58 durch Verwerfung und 7 auf andere Weise ihre Erledigung, während 3 Sachen unerledigt blieben.

Im Beschluß-(Beschwerde-)Verfahren erfolgten 64 Rechtsbeschwerden, von denen 40 durch Sachbeschluß und 8 auf andere Weise erledigt wurden. 16 Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Lohn- und Tariffbewegung.

Mit welchen Mitteln Lohnabbau betrieben wird!

Durch Einschreibebrief vom 12. Juli 1930 kündigte der Arbeitgeberverband der Nordwestdeutschen Holzinteressenten das Lohnabkommen für das Sägewerke für das nordöstliche Westfalen zum 31. August 1930. Mit Rücksicht auf die katastrophale Lage im Holzgewerbe sei ein Lohnabbau von 10 Prozent nötig. In einer demnächst stattfindenden Verhandlung, so hieß es im Schreiben, sollten die Gründe für den Lohnabbau bekanntgegeben werden.

* Mit Ausnahme der Streitigkeiten des Handwerks.

Da der Syndikus keine durchschlagenden Gründe vorbringen konnte, wurde erst gar nicht zu Verhandlungen geladen. Um nun den vorgeschriebenen Weg zur Beseitigung dieses Streitfalles einzuhalten, wurde unsererseits der zuständige Schlichter angerufen, vor dem dann auch Verhandlungen stattfanden. Unsere Vertreter erklärten, daß sie einem Lohnabbau unter keinen Umständen zustimmen könnten, zumal die meisten Arbeitgeber die ihnen vom Arbeitgeberverband zugesandten Bekanntmachungen, in denen der Lohnabbau angekündigt wurde, nicht ausgehängt hatten. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Initiative zum Lohnabbau gar nicht von den Arbeitgebern, sondern vom Syndikus des Arbeitgeberverbandes ausgegangen sei, dafür wurden unsererseits dem Schlichter Beweise angeboten. Mit allgemeinen Redensarten glaubte nun der Syndikus den Nachweis für einen 10prozentigen Lohnabbau erbringen zu können, ebenso versuchte er stark zu blüffen, indem er phantastische Zahlen angab über die angeblich noch vor 2 Jahren in seinem Verbands beschäftigten. Danach sollte sich die Geschäftslage so verschlechtert haben, daß nur noch etwa 20 Prozent der damaligen Arbeiter heute beschäftigt würden. Mit seinen Angaben konnte der Syndikus auch beim Schlichter keinen Glauben finden und so vertagte dieser die Verhandlung und gab den Parteien auf, weitere Unterlagen zum nächsten Termine einzureichen.

Unsererseits wurden die geforderten Unterlagen fristgerecht gebracht und da der Syndikus diese Angaben nicht entkräften konnte, so gab er die geforderten Unterlagen nicht ab und beschränkte sich darauf, unsere Unterlagen anzuzweifeln. Als Lohnanteil am Fertigprodukt gab dieser „sachverständige“ Herr 50 bis 55 Prozent bei Bauholz an, bei Holzwaren 55 bis 68 Prozent, bei Faßdauben soll der Lohnanteil angeblich 62,76 Prozent und Lohnanteil plus Angestelltengehälter 76 Prozent ausmachen. Dieses war selbst dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes unbegreiflich und mußte sich der Herr Syndikus, der wahrscheinlich nie ein Sägewerk von innen gesehen, noch viel weniger durch irgendwelche Sach- und Fachkenntnisse beschwert ist, gründlich korrigieren lassen. Vor dem Schlichter behauptete dann dieser Syndikus, daß Wochenlöhne für Arbeiter über 22 Jahre von 29 bis 36 RM zu hoch seien, daß sehr gut ein 10prozentiger Lohnabbau von den Arbeitern getragen werden könne. Wenn man seinen Worten Glauben schenken darf, dann sind die Arbeiter in den Betrieben sogar gerne bereit, diesen Lohnabbau mitzumachen, wenn nur die bösen Gewerkschaftsführer nicht wären, die kein Verständnis für die Lage der Unternehmer haben.

Nach längeren Verhandlungen gaben die Arbeitgeber dann die Erklärung ab, es müßten unter allen Umständen 10 Prozent abgebaut werden, sonst würden auch die jetzt noch arbeitenden Betriebe geschlossen; unsere Vertreter erklärten sich mit der Verlängerung des bestehenden Lohnabkommens bereit, eine Einigung war daher nicht möglich und der Vorschlag des Schlichters wurde von beiden Parteien abgelehnt. Mit den Worten: „Nun werden wir mit den Arbeitern in den Betrieben den Lohnabbau vornehmen“ verließ dann der Syndikus das Verhandlungslokal.

Der bekannte günstige Wind wehte uns nun das Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes auf den Tisch. Darin wird bestätigt, daß unsere Behauptungen vor dem Schlichter zutreffend sind, daß nämlich der treibende Keil zum Lohnabbau nicht die Arbeitgeber, sondern ihr Syndikus ist. In dem Schreiben werden den Unternehmern Verhaltensmaßregeln erteilt und sie unter einer Strafe von 1000 RM (Eintausend Reichsmark) verpflichtet, jetzt den Lohnabbau vorzunehmen. Diese Strafandrohung wäre sinnlos, wenn die Unternehmer der Parole des Arbeitgeberverbandes Folge geleistet hätten. Wir haben dieses Schreiben des Arbeitgeberverbandes den zuständigen Stellen zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung zugehen lassen. Unsere Kollegen werden in keinem Betriebe ihre Zustimmung zum Lohnabbau geben und behalten sich weitere Schritte zur gegebenen Zeit vor. Aus diesen Vorgängen mögen alle Kollegen die entsprechenden Lehren ziehen und den Anweisungen der Verbandsleitung unbedingt Folge leisten.

Wat hä nit kennt, dat fret hä nit!

Aus dem Rheingebiet. Das Lohnabkommen zum Landestarifvertrag für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet wurde vom Arbeitgeberverband mit der im Abkommen vorgesehenen Frist von 6 Wochen am 12. Juli gekündigt. Da die Kündigung nur von einem Teil der Arbeitgeberpartei ausgesprochen wurde, kam das Abkommen noch nicht zum Ablauf und auch die allgemeine Verbindlichkeit blieb zunächst noch bestehen. Nun hat das Reichs-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 43. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 19. bis 25. Oktober 1930 fällig.

Sterbetafel.

Georg Eberhard, Glaser, 58 Jahre, Göppingen.
Heinrich Krüger, Arbeiter, 63 Jahre, Geynhausen.
Michael Mathes, Holzarbeiter, 53 Jahre, Walbershof.
Karl Klaus, Drechsler, 22 Jahre, Barmen.
August Sandmann, Schreiner, 39 Jahre, Warendorf.
Bern. Buschmeyer, Tischler, 59 Jahre, Münster.
Josef Sottmeier, Säger, 72 Jahre, Tirschenreuth.
August Domhöver, Holzarbeiter, 59 Jahre, Lüdinghausen.
Hermann Wäldell, Säger, 43 Jahre, Bühl.
Wilhelm Merla, Holzarbeiter, 19 Jahre, Paderborn.
Franz Behlen, Holzarbeiter, 63 Jahre, Essen (Ruhr).
Wilhelm Hehemann, Schreiner, 51 Jahre, Düsseldorf.
Johann Wicke, Schreiner, 46 Jahre, Köln.

Ruhet in Frieden!

arbeitsministerium die allgemeine Verbindlichkeit zum 1. September dieses Jahres außer Kraft gesetzt, so daß das Abkommen nur noch für die Innungen und Betriebe gilt, die dem Rheinisch-Westfälisch-Sippischen Tischler-Innungsverband angehören. Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet hat bis jetzt noch nicht mitgeteilt, welche Absichten mit der Kündigung des Abkommens verfolgt werden, es dürfte dieses aber unsicher zu erraten sein.

Wie sich in den Köpfen mancher Handwerksmeister des Schreinergerwerbes — die selbstverständlich von dem Ringen und Streben des organisierten Handwerks nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Schreinerhandwerks nichts wissen und nichts wissen wollen — die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse widerspiegelt, zeigt eine Notiz, die in einer Tageszeitung am Niederrhein erschien. Damit unsere Kollegen vom Niederrhein zu wissen bekommen, mit welchen Geistesgrößen sie es zu tun haben, wollen wir den Erguß hier folgen lassen.

„Die Schreinerinnung Xanten hatte in den Verhandlungen über Lohnsätze zur Zeit in Rheinberg, dann in Mörs, dann in Dortmund erreicht, daß für den Norden des Kreises Mörs der Tarif nicht verbindlich sei, so daß der Lohn zwischen Meister und Gesellen frei vereinbart werden konnte. Letzten Winter war Termin beim Arbeitsministerium in Berlin, zu dem Obermeister Tellemanns-Sonsbeck, als Vertreter der Innung hinreiste. Nach langer Verhandlung entschied das Ministerium, daß ganz ohne Tarif die Sache nicht mehr geregelt werden könne, doch käme für den nördlichen Teil des Kreises der niedrigste Tarif in Anwendung. Nun ging vom Reichsarbeitsministerium Berlin ein Schreiben an den Obermeister Tellemanns in Sonsbeck. Folgt Schreiben des Reichsarbeitsministers, in welchem die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit mitgeteilt wird. Dann heißt es weiter: „Nun dürfen die Meister es wieder wagen, Gesellen einzustellen, auch unter dem bisherigen Tariflohn, ohne große Unannehmlichkeiten befürchten zu müssen. Viele Gesellen werden es auch freudig begrüßen, weil sie schon leichter Arbeit finden können. Auch die Gesellen wissen nur zu gut, daß in den ländlichen Bezirken die Meister nicht in der Lage sind, die geforderten Tariflöhne zu bezahlen. Durch die Tariflöhne werden die Arbeiten ungemein verteuert, und es unterbleiben die Anschaffungen, weil die Preise unerschwinglich sind. Die Folge ist, daß die Meister nur noch mit einem Lehrling arbeiten. Dabei können sie selbst für ihre Arbeiten nicht so viel erzielen, als sie einem Gehilfen an Lohn zahlen sollen. Auch die Löhne müssen den Zeitverhältnissen angepaßt sein, sonst erzielt man das Gegenteil von dem, was man erstrebt hat, Arbeitslosigkeit in größtem Umfange. Hoffentlich trägt die ministerielle Verfügung dazu bei, daß die katastrophale Arbeitslosigkeit im Schreinerhandwerk etwas gehoben wird. Ist es doch so weit gekommen, daß es kaum noch einem jungen Gesellen, der seine Lehrzeit beendet hat, gelingt, eine Stelle als Geselle zu finden. Im Kreise Geldern weiß schon mancher Meister, was es heißt, wenn die Tariflöhne als verbindlich

erklärt werden. Jetzt atmen sicher Meister und auch Gesellen auf, nun dieser Alpdruck gewichen ist. Die Verhandlungen damals in Berlin scheinen nicht ohne Eindruck geblieben zu sein, da man sich entschlossen hat, für die linke Rheinseite die tarifliche Verbindlichkeit aufzuheben. Endlich mal eine Bresche in der starren Gesetzgebung, welche das kleine Handwerk zu Boden drückt. Hoffentlich folgen weitere Erleichterungen auch in bezug auf Steuern und soziale Lasten, damit das freie Handwerk mal wieder Atem schöpfen kann.“

Ja, wir erinnern uns an den Herrn Obermeister, der im November vorigen Jahres die weite Reise nach Berlin und das viele Geld, das eine solche Reise kostet, nicht scheute, um den Herrschaften dort einmal zu sagen, daß es so nicht weiter gehen könne. Auch damals brachte er schon die Verhandlungen, die vor ungefähr 10 Jahren für das Wirtschaftsgebiet Mörs—Kanten—Rheinberg geführt wurden mit dem jetzt bestehenden Landestarifvertrag zusammen, genau wie in der oben wiedergegebenen Notiz, nur daß eben beides nicht stimmt. Der Herr Obermeister führte damals aus, daß in seiner Innung, die angeblich den nördlichen Teil des Kreises Mörs umfaßt, ungefähr 12 Schreiner Gesellen beschäftigt würden; daß er mit solchen Zahlen die überwiegende Bedeutung des Lohnabkommens im Rheingebiet nicht widerlegen konnte, kam ihm gar nicht zum Bewußtsein. Er ist damals heimgefahren mit der Überzeugung, „daß ganz ohne Tarif die Sache nicht mehr geregelt werden könne“. Ja, ja, so ist es. Im nördlichen Teil des Kreises Mörs, im Bereich des Herrn Obermeisters Tellemanns, darf es nur ein ganz klein wenig Tarif geben und nur der niedrigste; am besten gar keinen. Der südliche Teil des Kreises, — dort herrschen sicher die Widersacher des Herrn Obermeisters — die müssen den ganzen Tarif und wenn möglich den höchsten vertragen können. So etwas nennt sich dann Gewerbesolidarität. Diese kann aber vor die Hunde gehen, wenn nur der Schlaf des Herrn Obermeisters nicht gestört wird.

Aber nicht jeder Sterbliche erhält ein Schreiben von einem Ministerium, und dieses muß natürlich bekanntgemacht werden, sonst macht es keine Freude. Natürlich meint der Herr Obermeister Tellemanns, der das Schreiben erhalten und wohl auch die Notiz in der Zeitung veranlaßt hat, daß die allgemeine Verbindlichkeit auf Grund der Ausführungen, die er im vorigen Jahre gemacht hat, aufgehoben wurde. Anders ist die Bemerkung: „Die Verhandlungen damals in Berlin scheinen nicht ohne Eindruck geblieben zu sein, . . .“ nicht zu verstehen. Lassen wir Herrn Tellemanns und seinen Anhang bei der Meinung, daß die Reisekosten nach Berlin sich rentiert haben.

Am meisten ärgern sich die Schreinermeister im „Norden des Kreises Mörs“ anscheinend über das Bestehen von Tariflöhnen, weil sie angeblich selbst nicht soviel für die Arbeiten erhalten, wie sie einem Gesellen an Lohn zahlen sollen. Das soll wohl heißen, daß sie selbst pro Stunde weniger verdienen, wie der Tarif als Gesellenlohn vorschreibt. Wenn das wirklich der Fall ist, dann ist entweder die Bedürfnislosigkeit dieser Meister kaum noch zu unterbreiten, oder es sind solche „Künstler“ in ihrem Fach, daß wahrscheinlich die Arbeiten noch zu teuer bezahlt sind. Bisher haben sie wenigstens noch eine Richtlinie im Tariflohn gehabt und es hat sie nur geärgert, daß ein Geselle mehr erhält wie sie selbst. Besteht ein Tariflohn nicht mehr, dann werden sie wahrscheinlich für ihre Arbeiten noch weniger erhalten als bisher, das nehmen sie aber ohne Ärger in Kauf, weil der Geselle ja dann noch weniger erhält wie sie selbst. Gesellen, die sich diese Einschätzung und Behandlung gefallen lassen, sind allerdings solcher Meister würdig.

So etwas ist in Rheinland—Westfalen möglich! In Rheinland—Westfalen, wo sich seit einem Menschenalter die anerkannt tüchtigste und rührigste Fachorganisation für das Schreinergerwerbe auf Arbeitgeberseite befindet und sich krampfhaft bemüht, dem Schreinergerwerbe eine einigermaßen gesunde Grundlage zu verschaffen. Es gibt aber eben Menschen, die Eigenschaft an sich haben, gegen die bekanntlich selbst die Götter vergebens kämpfen.

Aber der „Norden des Kreises Mörs“ ist nicht die Rheinprovinz, und die dort ansässigen Schreinermeister sind nicht das Schreinerhandwerk, selbst wenn es am Niederrhein noch manchen anderen Schreinermeister geben sollte, der sich auf „gleich hoher Warte“ bewegt.

Unsern Kollegen aber teilen wir dieses mit, damit sie sehen, mit welcher Unkenntnis heute noch manche Arbeitgeber unsern tariflichen Bestrebungen gegenüberstehen und wie verhaßt ihnen die

Festlegung der Löhne in Kollektivabkommen ist. Uns ist es aber der beste Beweis für das gute Wirken unseres Verbandes, und allen Kollegen muß es Ansporn sein, den Verband weiter auszubreiten und zu festigen. Jeder nichtorganisierte Holzarbeiter ist nicht nur für die Allgemeinheit ein Schädling, er schädigt sich auch selbst und seine Familie. Es muß dieses allen Nichtorganisierten zum Bewußtsein gebracht werden und deshalb muß die Parole in den nächsten Wochen und Monaten heißen: „Auf zur eifrigen Werbestarbeit im rheinischen Gau.“

Rundschau.

Sozialreform im Kapitalismus behandelte als Thema Professor Götz Briefs-Berlin, auf der diesjährigen Tagung der Görresgesellschaft. Der Referent ging aus von den Voraussetzungen und den geschichtlichen Hintergründen, aus denen die soziale Problematik des kapitalistischen Zeitalters erwachsen ist. Er legte dar, wie die liberale Wirtschaftsordnung, ihrem Wesen nach antikorporativ und individualistisch, kein Ordnungsprinzip der Gesellschaft kenne, die überhaupt dem Liberalismus nur Reflexerscheinung des Wirtschaftlichen sei. Unter den konstruktiven Regeln des Leistungssystems des Liberalismus hob er vor allem die Spielregel der freien Konkurrenz hervor, die, mit staatlichen Mitteln durchgesetzt, Gültigkeit besitzen sollte für eine Gesellschaft, die mit verschiedenen Chancen ins Spielfeld trat und die auch angewandt werden sollte auf die Gruppe der Lohnarbeiter, das heißt auf freie und eigentumslose Menschen. Der Referent wies darauf die soziale Fragwürdigkeit dieser liberalen Spielregel nach, einmal aus dem natürlichen Lebensverlauf eines jeden Menschen, der aus subjektiven Gründen bei Krankheit, Alter und Jugend in Leistungszusammenhang der Wirtschaft nicht unterzubringen sei, fernerhin aus der Dynamik der Wirtschaft selbst, die in Krisenzeiten große Mengen von Menschen aus dem Zusammenhang des Leistungssystems ausschaltete, weiterhin aus der Inkongruenz des Rhythmus von Arbeiterangebot und von Kapitalangebot und schließlich aus der Herrschaft des Arbeitgebers über Arbeit im Betriebe unter einer Ethik, welche die moralische Obligation für eingestellte Menschen ausschließt, und letztlich aus der Tatsache, daß die liberale Ideologie kein Aufsichtsorgan zuließ.

Infolge dieser sozialen Fragwürdigkeiten, die soziale Notzustände hervorgerufen hätten, habe unter dem Druck der alten Lebenskreise der Staat eingreifen müssen. Um der liberalen Behauptung zu begegnen, daß solches staatliches Eingreifen die Wirtschaft zerstöre, da es den Menschen die eigene Verantwortlichkeit abnehme, habe man die Theorie vom neutralen Raum aufgestellt, das heißt, daß die Sozialpolitik nicht die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse störe, sondern innerhalb der bestehenden Verhältnisse nur den Bedrängten zu Hilfe kommen wolle. Späterhin sei man, als sich herausgestellt habe, daß diese Sozialpolitik nicht störe, sogar von liberaler Seite zu der Formel gelangt, daß diese Sozialpolitik die Vollendung des Liberalismus sei.

Auf diesen Satz von Brentano ging der Referent ausführlicher ein und stellte fest, daß tatsächlich jene Sozialpolitik nur Korrekturen am liberalen Wirtschaftssystem angebracht habe, ohne dessen Grundlagen anzutasten. So sei in keinem kapitalistischen Lande vor dem Kriege eine Erwerbslosenversicherung und eine generelle staatliche Lohnstützungspolitik durchgeführt worden, wie man auch damals keine Gewerkschaftspolitik und kein Betriebsrecht hätte haben wollen. Deshalb sei diese Sozialpolitik nicht bewußte Gesellschaftspolitik, sondern nur eine Schutzpolitik auf der Basis der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung gewesen und habe daher auch nicht an den Kern der Notzustände herangereicht. Aus diesem Grunde habe auch anfangs der Sozialismus als gesellschaftliche Ideologie aus gesellschaftspolitischen Gründen die Sozialpolitik abgelehnt und sei erst später unter dem Druck der freien Gewerkschaften zu positiverer Haltung gekommen, bis daß auch hier ähnlich wie beim Liberalismus die Peripetie eintrat und Heimann diese Sozialpolitik als den Weg zum Sozialismus bezeichnet habe.

Darauf stellte Professor Briefs die Frage: Was ist die Wirkung dieser Sozialpolitik im kapitalistischen System gewesen? Er beantwortete sie dahin, daß schon die Sozialpolitik der Vorkriegszeit, die nicht Gesellschaftsreform gewesen sei, wirtschaftlich wichtige Rückwirkungen ausgeübt habe, und zwar habe sie Betriebe, die ihr nicht gewachsen seien, ausgeschaltet, was in der Hauptsache mittlere und kleinere Betriebe betroffen habe. Sie habe damit den Vorgang der Konzentration beschleunigt und dadurch auch die Kartellfähigkeit erhöht. Die seit dem Kriege entfaltete Sozialpolitik habe diese Dyna-

mik außerordentlich beschleunigt. Doch sei dadurch nicht der Kapitalismus abgebaut worden, sondern dem Beschneiden kapitalistischer Möglichkeiten stehe gegenüber eine qualitative Verhärtung dadurch, daß der Kapitalismus sich in Rationalisierung und neue Technik hineingeflüchtet habe.

Der Referent stellte fest, daß die entfaltete Sozialpolitik der Nachkriegszeit noch kein neues formendes Prinzip sei und daran leide, daß sie einerseits kapitalistische Funktionen unterbände und abschwäche, andererseits aber keine Ersatzorgane geschaffen habe, die für diese Verluste einspringen könnten. Er sagte: Wir haben heute den Versuch einer Gesellschaftspolitik, die mit der Mechanik der kapitalistischen Wirtschaft keine Kongruenz zeigt, aber auch kein Organ besitzt, das die Abfallorgane dieser Durchformung paralysieren kann. Die Folge dieses Zustandes sei von seiten der Bevölkerung aus, daß man zur Geburteneinschränkung geschritten sei, statt neue Wege zu finden, die aus dieser gefährlichen Querstellung hinaus führen, wo man noch liberal denkt, aber an den Staat mit Forderungen herantritt, die unter Geltung der liberalen Prämisse nicht durchführbar sind. Die Zukunftsfrage sei die, ob zwischen dem bolschewistischen und dem amerikanischen System die Generation von heute die Kraft habe, eigene Wege zu finden.

Eine einbringliche Bekämpfung der Sozialversicherung. Einen recht eigenartigen Kampf gegen die Sozialversicherung führen manche Unternehmer dadurch, daß sie zwar den Arbeitnehmern die Beiträge vom Lohne abziehen, aber nicht an die Versicherungskasse weiterleiten. So schlagen sie zwei Fliegen mit einer Klappe. Einmal schädigen sie die so verhasste Sozialversicherung, und zu zweit verdienen sie noch ein schönes Stück Geld daran, wobei das letztere zumeist der ausschlaggebende Grund sein dürfte. Nach der Reichskriminalstatistik wurden im Jahre 1925 wegen Beitragshinterziehung 747 Arbeitgeber bestraft. 1926 stieg die Zahl auf 2505 und 1927 auf 3717. Nach dem letzten Jahresbericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wurden im Jahre 1929 Beitragsrückstände in Höhe von rund 11 Millionen Reichsmark für 419 000 Angestellte ermittelt. Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, haben zur Zeit die Beitragshinterziehungen einen Umfang erreicht, der die gesetzmäßige Durchführung der Sozialversicherung stärkstens gefährdet.

Gerade der Umstand, daß bei eintretenden Zahlungsschwierigkeiten die Zahlungspflicht der einen Teil des Lohnes darstellenden Versicherungsbeiträge fast selbstverständlich zuerst verletzt zu werden pflegt, zeigt die Notwendigkeit, ihnen einen besonderen öffentlich-rechtlichen Schutz angebeihen zu lassen.

Vor dem Weltspartag. Der bekanntlich auch in diesem Jahre auf den 30. Oktober entfallende Weltspartag wirkt bereits seine Schatten voraus. Ankündigungen in der Fachpresse lassen erkennen, daß auch diesmal wieder entsprechend dem Beschlusse der internationalen Sparkassentagung vom Jahre 1924 in Mailand in Deutschland die seitdem übliche großzügige Propaganda zur Förderung der Spartätigkeit entfaltet werden wird. Seit Wochen schon werden die vielseitigsten Werbe- und Reklamemittel angepriesen. Da zeigt sich, wie in müstergültiger und systematischer Weise von einer Stelle aus für das ganze Reich dieses Material beschafft und zur Verfügung gestellt wird. Es darf nicht verkannt werden, daß alle diese Werbematerialien durchweg in sinnvoller, zweckentsprechender Art zur Ausführung gelangen.

Da werden empfohlen die Weltspartag-Ausgabe der Deutschen Sparkassen-Zeitung, Weltspartagausgabe der Sparkassen-Rundschau, Weltspartag-Insatenserie, Weltspartag-Preseartikel, Haus- und Spar-Kalender für 1931, Weltspartag-Plakate, Werbe-Broschüren, Flugblätter der verschiedensten Art, Lehrtafeln zur Verwendung im Schulunterricht, Zinskraftmesser, Geschenkparbücher, Weltspartag-Postkarten, Briefverschlusmarken, Stundenpläne, Lesezeichen, Abziehbilder, Modellierbogen, Postkarten-Malbuch, Klistees, Matern, Rundfunkvorträge und -durchsprüche und ein Bauspar-Werbefilm.

Kein Wunder, wenn angesichts der wirkamen Werbemittel und der tatsächlich betriebenen Werbetätigkeit die Spartätigkeit gute Fortschritte aufzuweisen hat. Der Monat Juli 1930 hat mit einem Einlagebestand bei den deutschen Sparkassen von mehr als 10 Milliarden Reichsmark abgeschlossen. Ende 1929 betrug die Zahl der Sparer etwa 15 Millionen. Fast auf jeden vierten Deutschen entfiel somit ein Sparbuch. Von den Sparbüchern wiesen ein Drittel ein Guthaben auf bis zu 20 Mark, rund die Hälfte aller Sparbücher lauteten auf Beträge bis zu 100 Mark, und etwa 80 Prozent der Gesamtzahl sind Konten bis zu 500 Mark. Die kleinen Konten spielen also eine große Rolle.

Die Sparinstitute der Arbeitnehmer müssen von dieser allgemeinen Sparpropaganda reichlichen Nutzen ziehen. Unsere Deutsche Volksbank muß in dieser Zeit mehr denn sonst in den Vordergrund gerückt werden. Auch für dieses Sparinstitut der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten muß anhaltende Werbearbeit betrieben werden. Der Weltspartag muß auch für sie ausgenutzt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Unsere Zahlstelle konnte in diesem Jahre auf ihr 30-jähriges Bestehen zurückblicken und hatte aus diesem Anlaß am Sonntag, den 28. September, im St. Georgehof, eine kleine Feier veranstaltet. 1. Vorsitzender, Kollege Groß, begrüßte als ganz seltenen Gast an der Wasserkannte unseren Zentralverbandsvorsitzenden Kollegen Kurtscheid, Köln, ferner unseren Gauleiter Jahn, Bremen, sowie Vertreter des Ortskartells und der Bruderverbände, aus Hamburg und Kiel. Gleichfalls wurde den Gründern unserer Zahlstelle, welche erschienen waren, eine besondere Begrüßung zuteil. Umrahmt wurde die Feier durch gut gewählte Musikstücke.

In der Begrüßungsansprache zeichnete Kollege Groß kurz den Werdegang unserer Zahlstelle, die sich trotz der Stürme hier im Norden behauptet hat und lebensfähig geblieben ist.

Die Festansprache begann Kollege Kurtscheid mit einigen Erinnerungen an Hamburg aus früheren Jahren. Schon vor 40 Jahren habe er als junger Schreinergerelle in Hamburg auf der Werft „Blohm & Doß“ gearbeitet. Vor 28 Jahren, im November 1902, habe er zum ersten Male in einer Versammlung in Hamburg über die kulturelle Bedeutung der Christlichen Gewerkschaften geredet. In kurzen Strichen zeichnete er die frühere Entwicklung und den Aufstieg unserer Bewegung, sowie die Schwierigkeiten in den Gründerjahren, deren Überwindung nur möglich gewesen sei, durch den Opfergeist und die Begeisterung der damals in der Bewegung tätigen Kollegen. Nur dem jugendlichen Kämpfergeist gelang der Aufstieg. Diesen Kämpfergeist hätten wir auch heute wieder nötig, wo es gelte, große Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art zu überwinden. Die Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung ständen zur Zeit im Mittelpunkt des Geschehens. Als Tatsachen der großen Arbeitslosigkeit kämen neben den Kriegsfolgen in Betracht: 1. Die sprunghafte Entwicklung der Technik; 2. Die Überpreise und 3. Die falsche Verwendung des Wirtschaftsertrages. Der Redner beleuchtet von diesen drei Punkten aus die heutige Lage, und gab Vorschläge zur Beseitigung dieser Ursachen in Staat und Wirtschaft. Er betonte besonders, daß wir zum Vorwärtskommen tüchtige, charakterfeste Männer an allen einflußreichen Stellen brauchen. Zum Schluß dankte Kollege Kurtscheid den alten Gründern sowie allen andern Mitgliedern unserer Zahlstelle für die geleistete Verbandsarbeit, und schloß mit einem Hoch auf die Zahlstelle Hamburg.

Die Ausführungen des Kollegen Kurtscheid fanden bei den Versammelten großes Interesse und allgemeinen Beifall. Anschließend brachte Gauleiter Kollege Jahn in launigen Worten der Zahlstelle seine Glückwünsche dar und ermunterte auch die Frauen, ihre Männer im Kampf um die christlichen Ideale zu unterstützen. Er ehrte dann noch zwei Kollegen für erfolgreiche Werbearbeit durch Überreichung einer goldenen und einer silbernen Verbandsnadel.

Kollege Groß dankte dem Kollegen Kurtscheid und allen Anwesenden für ihr Erscheinen und richtete nochmals den Appell an alle Mitglieder, weiter treu zu unserem Verbandsverband zu stehen, und schloß den offiziellen Teil mit den Worten: Vorwärts immer, Rückwärts nimmer!

Es folgte nun ein zwangloses Beisammensein bei Musik und Tanz, bei dem besonders die alten Kollegen noch in jugendlicher Frische mit ihrer Ehe liebsten einen flotten Walzer riskierten. Diese Feier wird allen Kollegen noch lange in Erinnerung bleiben.

Schönlanke. Trotz der besonders schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hatten es sich die Schönlancker Holzarbeiter nicht nehmen lassen, das 25jährige Bestehen der Zahlstelle Schönlanke in einfacher, würdiger Form, der Zeit entsprechend, zu feiern. Hiermit verbunden war die Ehrung der Kollegen, die den Stürmen der Zeit Trotz geboten und dem Verbandsverband 25 Jahre die Treue gehalten haben. So konnte der Vorsitzende der Zahlstelle ein überfülltes Haus begrüßen. In Schönlanke sah man in all den Jahren erbitterte gewerkschaftliche Kämpfe. Sie waren erfolgreich, so daß unsere Bewegung, besonders aber unser Verband, achtungsgebietend dasteht. Es war für den Vorsitzenden eine Freude, außer den noch lebenden Gründern und den beiden Jubilaren, eine stattliche Anzahl!

führender Persönlichkeiten der Stadt, und Kollegen aus den Nachbarzahlstellen willkommen heißen zu können.

Nach einer Schilderung des geschichtlichen Werdeganges der Zahlstelle, gegeben von dem Vorsitzenden, wurde von der Jugendgruppe der Sprechchor „Schmiede der Zeit“ vorgetragen. Für die Zuhörer war das etwas Neues. Es wurde aber auch hiermit gezeigt, daß wir als Arbeiter eigne Wege gehen und die Zeit formen. In seinem formvollendeten Festvortrag zeigte der Gauleiter, Kollege Gruber, die Bedeutung unseres Verbandes und weiterhin Ziele und Aufgaben unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Im Namen des Zentralvorstandes dankte der Gauleiter den beiden Jubilaren, Marten und Maul, für ihre Treue, und überreichte ihnen Diplom und Silbernadel. Außerdem hatte die Zahlstelle noch ein kleines Angebinde hinzugefügt. Erhebende Augenblicke waren es, als von sämtlichen Anwesenden das Jugendsturmlied „Wann wir schreiten Seit an Seit“ gesungen wurde. Glückwünsche für eine weitere glückliche Zukunft und Entwicklung der Zahlstelle brachten dar der Kartellvorsitzende, Ratsherr Kollege Wegner, für die evangelischen Arbeitervereine der Grenzmark der Arbeitersekretär, Kollege Welke-Schneidemühl. Mit den Wünschen stattete auch gleichzeitig seinen Dank ab für seine Mitarbeiter der ehemalige Vorsitzende, jetziger Arbeitersekretär für die katholischen Arbeitervereine der Grenzmark, Kollege Stelter, und brachte ein Hoch aus auf den Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Zahlstelle Schönlanke, in das von allen spontan eingestimmt wurde. Zu später Stunde, nachdem auch die Geselligkeit zu ihrem Recht gekommen war, wurde das erhebende Fest, diese machtvolle Kundgebung, beendet. Mit neuen Kräften und neuem Mut geht es jetzt an die Arbeit für den Verband.

Kaufbeuren. Am 7. Oktober nahm unser Bezirksleiter, Kollege Kronthaler, eine Kassenprüfung vor. Zugleich hatten wir an diesem Abend unsere Quartalsversammlung anberaumt, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Verlesung des Protokolls erstattete Kollege Kronthaler den Kassen- und Revisionsbericht und gab bekannt, daß die Kasse sich in bester Ordnung befinde. Er sprach dem Kassierer, Kollegen Egger, für seine muster- und gewissenhafte Arbeit, sowie den Vertrauensleuten Dank und Anerkennung aus. Redner hob mit besonderer Genugtuung hervor, daß der Markenumsatz gegenüber dem 2. Quartal um rund 20 Prozent gesteigert werden konnte, obwohl die Wirtschaftslage auch am Platze keine bessere geworden ist, und führte dazu aus, daß diese erfreuliche Entwicklung besondere Anerkennung verdiene. Das sei aber auch zugleich ein Beweis dafür, daß auch in einer wirtschaftlich schlechten Zeit Erfolge errungen werden können, wenn alles zusammenarbeitet und an einem Strick zieht, verbunden mit dem unbeugbaren Willen, nicht rückwärts, sondern vorwärts muß es gehen.

Im Anschluß daran ging der Redner in sehr interessanter Weise auf Tagesfragen ein. Es war daraus zu ersehen, daß die feste Gewähr für den vorwärtstrebenden Arbeiter die gewerkschaftliche Selbsthilfe ist, so wie wir diese im Zentralverband christlicher Holzarbeiter haben. Dem Kollegen Janser überreichte unser Bezirksleiter im Namen des Zentralvorstandes für 25jährige Mitgliedschaft die silberne Ehrennadel mit Diplom und dankte ihm für seine Mitarbeit in der Zahlstelle Kaufbeuren. War doch Janser immer ein rühriger Kollege. Mit dieser wohlverdienten Anerkennung wurde zugleich die Bitte verbunden, Janser möge uns noch viele Jahre als ein lebensfroher und arbeitsfreudiger Verbandskollege erhalten bleiben.

In der Aussprache wurde besonders scharf betont und an Beispielen nachgewiesen, daß besonders in der heutigen politisch wie wirtschaftlich unsicheren Zeit für jeden Kollegen der Selbsterhaltungstrieb bestimmend sein müsse, innerhalb unseres Verbandes

mitzuarbeiten, um denselben weiter zu stärken. Insbesondere gelte dies auch für unsere Jugend. Mit einem Hoch auf unseren Jubilar und unseren Verband wurde die eindrucksvolle Versammlung zum Abschluß gebracht.

Heidenheim. Am Samstag, den 11. Oktober, hatten sich im Lokal „Zur Eintracht“ eine schöne Anzahl Holzarbeiter versammelt. Der Zweck dieser Versammlung war die Gründung einer Ortsgruppe des Christlichen Holzarbeiterverbandes am hiesigen Platze. Nach Begrüßung durch den Vertrauensmann, Kollegen Mayer, erteilte er dem Referenten des Abends, Kollegen Ludwig Huber jun. vom Christlichen Metallarbeiterverband, das Wort zu seinem Vortrag: „Die Entwicklung der Gewerkschaften überhaupt und im besonderen die der Christlichen Gewerkschaften“. Er gab in kurzen Umrissen einen Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation und kam dann auf das Wirken und Schaffen der Christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart und ihre Ziele und Forderungen für die Zukunft zu sprechen. Wie notwendig eine Gewerkschaftsorganisation ist, beweisen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schreinergerwerb in Heidenheim. Mißachtung der Tariflöhne und Überschreiten der Arbeitszeit sind in Heidenheim an der Tagesordnung. Er fordert die Kollegen auf, eine ganz energische Agitation einzuleiten und diesen Mißständen mit allen Mitteln zu Leibe zu rücken. Kollege Huber sen. und Kollege Zwickel erzählten dann noch aus den Gründerjahren der Gewerkschaften. Sie versprachen den jungen Kollegen jede Unterstützung seitens ihrer Verbände, wie sie aber auch von ihnen Treue zu unserer Bewegung forderten. Hierauf ging man zur Vorstandswahl. Als Vorsitzender wurde Kollege Mayer gewählt. Dann wurde als künftiges Versammlungslokal der Gasthof „Posthörnl“ bestimmt und die Versammlungen auf den ersten Samstag im Monat festgelegt. Mit einem Appell an die Anwesenden zur Mitarbeit schloß der Vorsitzende die mit großer Begeisterung verlaufene Versammlung. L. H.

Literarisches.

Die Kunstschätze der Würzburger Residenz, Heinrich Kreisel. Verlag: Fränkische Gesellschaftsdruckerei Würzburg G.m.b.H. in Würzburg. Oktav, 72 Seiten Text und 61 Abb. Brosch. mit Schutzumschlag Preis 3.— RM (Kom. F. Volkmar).

In stoff geschriebenem Text werden auf streng wissenschaftlicher Grundlage die Möbel, Gobelins, Öfen, Lüster, Bronzen usw. der Residenz hinsichtlich ihrer Meister und Entstehungszeit bestimmt und ästhetisch wie kunsthistorisch gewürdigt. 61 Abbildungen vermitteln eine Vorstellung von den wichtigsten Meisterwerken in vorzüglichen, zum großen Teil erstmals reproduzierten Aufnahmen. Der Verfasser ist seit Jahren auf dem Gebiet der Würzburger Kunst forschend wie publizistisch tätig und Sachreferent für die Würzburger Residenz bei der Museumsdirektion der bayerischen Schlösser; so konnten teilweise neue und endgültige Resultate speziell auf dem komplizierten Gebiet des Würzburger Möbels erzielt werden als Frucht eines völligen Vertrauens mit Material und Quellen. Das Buch ist nicht nur für jeden Besucher des unvergleichlichen Residenzschlosses eine Quelle des Studiums und ein Mittel der Erinnerung zur Wahrung der gewonnenen Eindrücke, sondern auch darüber hinaus für jeden Kunstfreund, Kunsthandwerker, Sammler und Kunsthändler, für jeden, den das fränkische und deutsche Kunstgewerbe des 18. Jahrhunderts interessiert, von bleibendem Wert.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 615 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldeinlagen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Die Fachschrift

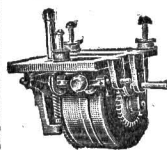
die jeder strebsame Tischler haben muß

Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich

Bestell. bei Postanstalten oder direkt
VERLAG KÖLN · VENLOERWALL 9

Sprechmaschinen-Laufwerke



Hausuhrwerke

z. Selbst- in allen Preislagen
einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend)
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummimutter-
lagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette,
25-cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklapp-
bügelarm, Ia. Aluminium-Schalldose nur **Mark 26.—**

Versand per Nachnahme, Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg, Neuenrade i.W. 9

Intarrien jeder Art

Katalog
gegen 0.50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II